Karstadt: Kapital fast aufgezehrt

Umsatz- und Ertragsprognose runtergeschraubt

ESSEN. Knapp drei Wochen vor der Hauptversammlung des Handelsriesen Karstadt-Quelle offenbart sich das ganze Ausmaß der Existenzkrise. Nach den vorgelegten Zahlen fürs dritte Quartal haben die Umsatzeinbrüche und Milliardenverluste die Substanz des Unternehmens tief angegriffen.

Mit nur noch 82,7 Millionen Euro (Vorjahr: knapp 1,47 Milliarden Euro) ist das Konzerneigenkapital fast völlig aufgezehrt; die Eigenkapitalquote ist damit auf gut 0,9 (14,8) Prozent zusammengeschmolzen. Zudem musste Konzernchef Christoph Achenbach Umsatz- und Ertragsprognosen für 2004 nach unten schrauben. Er hält aber an seinem Optimismus fest, bereits 2005 in die Gewinnzone zurückzukehren.

Ein Dreh- und Angelpunkt der Karstadt-Quelle-Sanierung ist zunächst die außerordentliche Hauptversammlung, die am 22. November eine Kapitalerhöhung um 500 Millionen Euro beschließen und damit das angegriffene Eigenkapital wieder auffüllen soll. „Die Mitglieder des Stimmrechtspools Madeleine Schickedanz sowie die Dresdner Bank AG haben sich grundsätzlich bereit erklärt, aus der Kapitalerhöhung neue Aktien für insgesamt rund 280 Millionen Euro zu beziehen“, schreibt der Vorstand in seinem Quartalsbericht.

Außerdem müssen Kreditlinien im Umfang von 1,75 Milliarden Euro über das Jahresende hinaus auf eine Laufzeit von drei Jahren verlängert werden. „Hierzu befindet sich der Vorstand momentan in Verhandlungen mit einem Bankenkonsortium.“ Karstadt-Quelle-Sprecher Jörg Howe sagte gestern weiter, die Verhandlungen seien auf gutem Wege. „Wir rechnen mit einem Ergebnis vor der Hauptversammlung“.

Trotz anhaltender Verluste und einer nach unten korrigierten Prognose für das zu Ende gehende Jahr will Achenbach bereits 2005 wieder schwarze Zahlen schreiben. „Wir halten an unseren Prognosen für 2005 und 2006 unverändert fest“, sagte sein Sprecher. Bei der Vorlage des Sanierungsprogramms hatte Achenbach vor gut einem Monat für 2005 mit einem Konzernergebnis vor Steuern von 110 Millionen Euro die Rückkehr in die Gewinnzone angekündigt. Für 2006 hatte er ein Ergebnisplus auf 355 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Vor rund drei Wochen hatte sich der ums Überleben ringende Handelsriese nach einem Verhandlungsmarathon mit den Beschäftigten auf einen Rettungsplan geeinigt, der in den nächsten drei Jahren neben empfindlichen Lohneinbußen den Abbau von 5500 der rund 100 000 Arbeitsplätze im Konzern vorsieht. Dadurch sollen konzernweit 760 Millionen Euro eingespart werden. dpa

100 000 Besucher zur Euro-Tier erwartet

Die Veranstalter der Viehhalter-Messe Euro-Tier in Hannover rechnen in diesem Jahr mit rund 100 000 Besuchern. Man erwarte einen ähnlich hohen Zuspruch wie bei der jüngsten Messe im Jahr 2002, hieß es gestern in Hannover. In dieem Jahr hätten sich 1430 Direktaussteller und 114 weitere Firmen angemeldet. Auf 13 Hektar Ausstellungsfläche sind vom 9. bis zum 12. November auch Technik und Dienstleistungsangebote für die Rinder-, Schweine-, Geflügel- und Fischzucht zu besichtigen. Archivfoto: dpa

Keine neuen Jobs im Autobau

Studie: Höhepunkt des Stellenpotenzials erreicht

FRANKFURT. Die deutsche Autoindustrie wird nach einer Expertenstudie in den nächsten Jahren keine neuen Arbeitsplätze in Deutschland mehr schaffen. „Das Beschäftigten-Potenzial der Industrie scheint seinen Höchstpunkt erreicht zu haben“, lautet das Ergebnis einer Studie, die der Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer von der Fachhochschule Gelsenkirchen präsentierte.

Wegen des geplanten Stellenabbaus bei Opel und der vorsichtigen Beschäftigungspolitik von VW und Ford in Deutschland werde die Mitarbeiterzahl bis 2010 nicht mehr wachsen. Auch in den vergangenen Jahren sei die Autobranche entgegen ihrem Image nur in geringem Maße ein Jobmotor gewesen. „Der Beschäftigungseffekt in der deutschen Autoindustrie war im internationalen Kontext weit geringer, als allgemein berichtet“, schreibt Dudenhöffer. Von 1991 bis 2003 sei die Zahl der Mitarbeiter in der Autoindustrie um vier Prozent oder 35 200 Stellen auf 869 900 gestiegen. dpa

Strukturanpassung bei Braunschweiger Zeitung

BRAUNSCHWEIG. Der tief greifende Strukturwandel bei den Zeitungen zwingt jetzt auch den Braunschweiger Zeitungsverlag zu einem Stellenabbau. Betroffen davon sind voraussichtlich 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, überwiegend aus dem Bereich der Satzherstellung.

Die seit über drei Jahren anhaltenden drastischen Anzeigenrückgänge und Umsatzeinbrüche machen diese Maßnahme unumgänglich, um die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Unternehmens dauerhaft zu gewährleisten.

Den betroffenen Mitarbeitern wird die Übernahme in die Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft Autovision GmbH, einer hundertprozentigen Tochter der Volkswagen AG, angeboten, um die Auswirkungen für sie so sozialverträglich wie möglich zu gestalten.

Kartellamt mahnt Post ab

BONN. Zwei Wochen nach Eröffnung eines Verfahrens wegen unzureichender Öffnung des Postmarktes durch die EU-Kommission ist die Deutsche Post AG ins Visier des Bundeskartellamtes geraten. Die Post behindere und benachteilige ihre Konkurrenz bei postvorbereitenden Leistungen, hieß es. Die Behörde beabsichtige, der Post dieses Verhalten zu untersagen, heißt es in dem Abmahnungsschreiben des Kartellamts. Dabei geht es vor allem ums Vorsortieren von Briefsendungen mit einem Gewicht von weniger als 100 Gramm und deren Einlieferung in Briefzentren der Post. Nach Auffassung des Unternehmens werde diese so genannte Exklusivlizenz im Postgesetz definiert, sagte ein Sprecher der Post. dpa

MENSCHEN

Carsten Stäblein
ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Helmstedter BKB Aktiengesellschaft berufen worden. Der 42-Jährige (Bild) ist Mitglied der Geschäftsführung der Eon Kraftwerke in Hannover sowie BKB-Aufsichtsrat seit November 2003.

Er übernimmt den Vorsitz von Bernd Romeike, der im Mai 2003 in den Vorstand von Eon Energie berufen wurde. Den Vorsitz der Geschäftsführung der Eon Kraftwerke legte Romeike 2004 nieder. Dr. Rolf Martin Schmitz, seit August Chef der Eon Kraftwerke, wurde neu in den BKB-Aufsichtsrat und zu dessen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Erster Stellvertreter ist Jörg Liebermann, Bezirksleiter der IGBCE Wolfenbüttel.

Urteil: Spielthemen nicht schützbar

FÜRTH. Im jahrelangen Streit um den Schutz von Spielthemen hat der Fürther Spielwarenhersteller Simba Toys nach eigenen Angaben vor dem Bundesgerichtshof gegen den Branchenriesen Mattel gesiegt. Das Karlsruher Gericht habe entschieden, dass Mattel bestimmte Themen nicht ausschließlich für seine Puppen-Produktlinie „Barbie“ reklamieren dürfe, teilte Simba gestern mit.

Die US-Firma hatte den Angaben zufolge versucht, für die Simba-Produktlinie „Steffi Love“ ein Verbot von Spielthemen wie Tierärztin oder Bäckerin zu erstreiten.

„Die Entscheidung ist nicht nur für uns, sondern für die gesamte Wettbewerbssituation im Ankleidepuppenmarkt sehr wichtig“, sagte Simba-Chef Michael Sieber. „Ein anders lautendes Urteil hätte eine Art Monopolsituation herbeigeführt.“ dpa

Baukrise und Stellenabbau auch 2005

Verband fordert mehr Mut bei Privatfinanzierungen

BERLIN. Die deutsche Baukrise und der Abbau von Stellen sind nach Einschätzung der Branche noch nicht vorbei, sondern gehen 2005 ins zehnte Jahr. Nach dem Abbau von 660 000 Arbeitsplätzen seit 1995 kündigte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie für das nächste Jahr einen weiteren Rückgang um 25 000 auf 740 000 Stellen im Bauhauptgewerbe an.

Verbandspräsident Ignaz Walter forderte Bundestag und Regierung auf, Bauwirtschaft und Infrastruktur „im Interesse der Gesellschaft nicht länger zu vernachlässigen“. Mit mehr Mut bei Privatfinanzierungen von Autobahnen, Brücken und Schulen könne sich der Staat aus seiner Haushaltsnotlage befreien.

„Wenn die Politik diese laufenden Aufgaben weiter vernachlässigt, dann sind sie bald nur noch durch Neubauten zu bewältigen, was viel Kapital verlangt“, warnte Walter. „Wer nicht baut, baut ab. Die deutsche Bauwirtschaft durchlebt zur Zeit das neunte Jahr der längsten Struktur- und Konjunkturkrise der Nachkriegsgeschichte“, sagte er. So seien die Umsätze im Bauhauptgewerbe von 1995 bis 2004 um 32 Prozent gesunken. Aber nicht nur der öffentliche Bau, sondern auch der Wohnungs- sowie der Gewerbebau lägen angesichts schwacher Konjunktur und von „Spar- und Investitionsängsten“ danieder. Im laufenden Jahr wird mit dem Abbau von 50 000 Bauarbeitsplätzen gerechnet. Die Zahl der Arbeitslosen am Bau beträgt zurzeit 282 000.

Für 2005 sagt der Verband einen weiteren Rückgang der Umsätze des Bauhauptgewerbes zwischen einem und drei Prozent voraus: im Wohnungsbau bis minus drei Prozent, im Wirtschaftsbau bis minus vier Prozent und im öffentlichen Bau bis minus zwei Prozent. dpa

Anzeige